

STEFFEN ZILLICH, DAVID FISCHER

FACHKRÄFTESITUATION UND ARBEITSBEDINGUNGEN AM BAU VERBESSERN

1 I. BEDARFE UND POTENZIALE ANALYSIEREN, MASSNAHMEN ENTWICKELN, 2 UMSETZUNG BÜNDELN

3 Sei es die Versorgung mit leistbarem Wohnraum für alle, oder seien es neue integrative
4 Unterbringungsformen für Geflüchtete bzw. Wohnungslose, Schulen, Kitas, Hochschulen,
5 öffentliche Infrastruktur – die Liste, an der gearbeitet werden muss, ist lang. Die Bautätigkeit
6 in Berlin hat in den letzten Jahren schon zugenommen und wird, vor dem Hintergrund von
7 Investitionspaketen des Landes Berlin in Milliardenhöhe, in den nächsten Jahren noch
8 einmal spürbar ansteigen. Eine zentrale damit einhergehende Frage lautet dabei für uns: Hat
9 die Berliner Bauwirtschaft eigentlich die personellen und materiellen Kapazitäten, um das
10 anstehende Auftragsvolumen zu bewältigen?
11 Analysen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass es auch in Berlin aufgrund der
12 sowieso schon guten Konjunkturentwicklung und voller Auftragsbücher bereits
13 jetzt Fachkräftengpässe in der Bauwirtschaft gibt. Überlange Planungs- und
14 Genehmigungsverfahren machen außerdem deutlich, dass sowohl auf Landesebene als auch
15 in den Bezirksverwaltungen der Personalbedarf groß ist.
16 Hinzu kommt die Wahrnehmung, dass es neben Fachkräftengpässen noch weitere Faktoren
17 gibt, die Unternehmen daran hindern (können), Bauprojekte fristgemäß und qualitativ
18 hochwertig auszuführen. Dies kann einerseits ein Kapitalmangel sein, weil Auftraggeber nicht
19 rechtzeitig zahlen, die Unternehmen aber in Vorleistung gehen müssen; andererseits können
20 es Maschinen- oder Materialengpässe für erhöhte Auftragsvolumen sein.
21 Die weitere Zunahme der Bautätigkeit in Berlin birgt die Gefahr, dass sich die gerade
22 skizzierten Engpässe weiter verschärfen werden. Aber schon vor dem Hintergrund der
23 aktuellen Situation sieht die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus dringenden
24 Handlungsbedarf.
25 Wir sind auch in die Koalition gegangen, weil wir den Anspruch haben, die Erneuerung der
26 Stadt aktiv zu gestalten. Die Menschen in Berlin messen uns daran, ob es uns gelingt,

27 unsere Ziele tatsächlich umzusetzen. Es ist uns wichtig, die eben beschriebenen Probleme
28 effektiv und effizient anzugehen und zu lösen. Folgende Maßgaben stehen dabei für uns im
29 Mittelpunkt:

- 30 • Eine ressortübergreifende und gebündelte Behandlung des Themas unter aktiver und
31 verbindlicher Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure.
- 32 • Einzubeziehende Akteure sind für uns: Gewerkschaften, Bau- und Wohnungswirtschaft,
33 Kammern, Unternehmerverband Berlin-Brandenburg, Berliner Bezirke, Regionaldirektion
34 Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit.
- 35 • Eine klare Analyse bestehender sowie zukünftiger Bedarfe und Potenziale sowohl auf Seiten
36 der Beschäftigten als auch auf Seiten der Unternehmen.
- 37 • Die Erarbeitung zielgerichteter Lösungsvorschläge und Verabredung eines verbindlichen
38 Maßnahmenkataloges.
- 39 • Wir sehen hier insbesondere die Chance, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben und
40 zum Beispiel die Integration von Langzeiterwerbslosen sowie Geflüchteten in den ersten
41 Arbeitsmarkt weiter voranzubringen, beispielsweise durch die Einführung sozialer Kriterien
42 im Berliner Vergaberecht.
- 43 • Ein mögliches Bündnis zur Fachkräftegewinnung im Baubereich muss sich auch mit der
44 Frage auseinandersetzen, wie man die Nachwuchsgewinnung durch Ausbildung und
45 Studium forcieren, aber auch Möglichkeiten der Weiterbildung und Aufstiegsfortbildung
46 verbessern kann. Wir brauchen insbesondere eine Imagekampagne in mehreren Sprachen,
47 um Geflüchtete und andere Migrant*innen für eine Berufsausbildung oder Qualifizierung
48 im Baugewerbe zu gewinnen. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei, dass das Instrument
49 der Ausbildungsduldung, auch schon im Rahmen von berufsvorbereitenden Maßnahmen,
50 stärker als bisher genutzt wird. Dafür muss die zuständige Innenverwaltung unverzüglich die
51 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.
- 52 • Eine zentrale Aufgabe besteht aus unserer Sicht weiterhin darin, Maßnahmen zu entwickeln,
53 die den öffentlichen Dienst auf Landes- und Bezirksebene vor allem im Hinblick auf die
54 Bereiche Planen und Genehmigen zu einem attraktiven Arbeitgeber machen. Wir sehen
55 beispielsweise ein Problem in der unterschiedlichen Bezahlung in den Hauptverwaltungen
56 und den Bezirken.
- 57 • Ein solches Bündnis kann über das Fachkräftethema hinaus weitere Fragen behandeln, die
58 dazu beitragen können, die benötigte Baukapazität verlässlich zur Verfügung zu stellen –
59 etwa die Prüfung effektiverer Ausschreibungsverfahren. Vergabestandards dürfen dabei
60 nicht ausgehöhlt werden.
- 61 • Einzubringen hat das Land Berlin in solche Gespräche vor allem das Investitionsvolumen,
62 das mittelfristig verlässlich finanziert werden kann.

63 Mit der skizzierten Idee eines Fachkräftebündnisses gehen wir auf die Bauwirtschaft zu.
64 Darüber hinaus wollen wir diskutieren, inwieweit auch ein kommunaler Baubetrieb („Berliner
65 Bauhütte“) eine Möglichkeit bietet, um unter den Bedingungen einer Fachkräfteknappheit
66 handlungsfähig zu bleiben, Ausbildungskapazitäten aufzubauen sowie überlange
67 Vergabeverfahren abzukürzen und damit das Land nicht vollständig von der Marktlage
68 abhängig zu machen. Die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus ist für kreative und
69 unkonventionelle Lösungen offen. Für uns steht im Mittelpunkt, dass die benötigten
70 Bauleistungen auch tatsächlich erbracht werden.

71 II. GUTES BAUEN GIBT ES NUR MIT GUTER ARBEIT

72 Wenn Berlin zur Hauptstadt des Bauens werden soll, muss Berlin aufhören, die Hauptstadt
73 der prekären Beschäftigung zu sein. Gute Arbeit und deren lückenlose Durchsetzung in jeder
74 Hinsicht waren und sind Kernanliegen der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus. Gutes
75 Bauen gelingt nur mit Guter Arbeit. Im Gegensatz zur Propaganda vom rechten Rand gilt für
76 uns die Forderung nach Guter Arbeit unterschiedslos für alle Arbeitnehmer*innen, unabhängig
77 von ihrer Herkunft.

78 Die Folgen der Deregulierung des Arbeitsmarktes – Tarifflicht; Ausbau von Leiharbeit,
79 Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit zum Nachteil von regulären und sozialversiche-
80 rungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen; Lohndumping; Abbau von Kontroll- und
81 Schutzinstanzen und und und ... – zeigen sich auch und gerade im Baugewerbe.
82 Darüber hinaus entsteht durch illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit am Bau Jahr für
83 Jahr ein volkswirtschaftlicher Schaden in Milliardenhöhe. Darunter leiden nicht nur die
84 Beschäftigten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Schwarzarbeit im Bausektor belasten
85 auch seriös agierende Unternehmen und verzerren den Wettbewerb.
86 Auch wenn vieles eine Rechtsänderung auf Bundesebene erfordert, sehen wir uns als LINKE
87 in Berliner Regierungsverantwortung in der Pflicht, auf Landesebene alle Möglichkeiten
88 auszuschöpfen, um gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und ausbeuterische
89 Geschäftsmodelle vorzugehen. Wichtige Eckpunkte für uns sind:

- 90 • Gute Tarifverträge sind elementare Voraussetzung für Gute Arbeit nicht nur in der
91 Bauwirtschaft. Ein Fachkräftebündnis steht vor der Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, wie
92 man Tarifflicht stoppen und Tarifbindung ausbauen kann.
- 93 • Arbeitsunfälle sind nicht einfach nur statistische Kennzahlen. Dahinter stehen einerseits
94 die Schicksale der Betroffenen sowie ihrer Angehörigen und Kollegen. Damit verbunden
95 sind aber auch Kosten für die Solidargemeinschaft, die mit einem wirksamen Arbeits-
96 und Gesundheitsschutz vermieden werden könnten. Dazu gehört der weiterhin
97 notwendige Ausbau der Kontrollbehörden, was entsprechende Weichenstellungen im
98 Landeshaushalt verlangt, aber auch die Entwicklung, Fortführung und der Ausbau von
99 Präventionsprogrammen.
- 100 • Vor dem Hintergrund von milliardenschweren Investitionspaketen des Landes gilt für
101 uns bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ohne Wenn und Aber der Grundsatz:
102 **Öffentliches Geld nur gegen Gute Arbeit!** Im Hinblick auf die Bauwirtschaft ist bei
103 der anstehenden Überarbeitung des Berliner Vergabegesetzes die Berücksichtigung
104 des Weißbuches der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes ein entscheidender Punkt.
105 Außerdem sollten die Vergabestellen verpflichtet werden, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit
106 des Zolls bei festgestellten Verstößen gegen das Mindestlohngesetz oder das Arbeitnehmer-
107 Entsendegesetz zu unterrichten. Weiterhin sollten die Kompetenzen der zentralen
108 Kontrollgruppe gestärkt werden.
- 109 • Durch die unkontrollierte Versubbung entstehen auf den Baustellen unübersichtliche
110 Firmenketten, bei denen die betroffenen Arbeitnehmer*innen oft nicht wissen, gegen wen
111 sie arbeitsrechtliche Ansprüche haben. Darüber hinaus wird immer wieder festgestellt,
112 dass auf Baustellen Subunternehmen beauftragt werden, die lediglich Personal überlassen
113 und keine eigenen wirtschaftlichen Aufgaben übernehmen, obwohl dies durch das
114 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eigentlich ausgeschlossen ist. Es sollten deshalb
115 Regularien geschaffen werden, die die Versubbung auf die Fälle beschränkt, in denen es für
116 die Auftragsausführung wirtschaftlich/technisch zielführend und begründet ist.
- 117 • Vor allem Arbeitsmigrant*innen aus ost- und südosteuropäischen Staaten der Europäischen

118 Union sind von den Missständen im Bausektor in besonderem Maße betroffen. Wenn
119 Berlin die Hauptstadt der Guten Arbeit werden möchte, gehört dazu ganz zentral auch der
120 effektive Schutz von migrantischen Beschäftigten vor Arbeitsausbeutung. Damit einher geht
121 auch eine sozialpolitische Dimension: Es kann nicht sein, dass diejenigen, die die neuen
122 Wohnungen bauen sollen, zum Feierabend ins Zeltlager unterm S-Bahn-Bogen zurückkehren
123 müssen. Ein wirksamer Schutz vor Arbeitsausbeutung würde insofern auch das System
124 der Wohnungslosenhilfe entlasten. Wir schlagen vor, ein Pilotprojekt „Baustellenläufer“
125 in Kooperation mit der IG BAU und dem Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte
126 des DGB Berlin-Brandenburg zu entwickeln, bei dem Menschen mit entsprechenden
127 Branchenkenntnissen regelmäßig Baustellen aufsuchen, Arbeitsbedingungen dokumentieren
128 und Beschäftigte beraten.